

A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)
– Drucksache 17/3837 –

Stadtbahnanbindung Kreis Germersheim im „Karlsruher Modell“

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/3837** – vom 15. August 2017 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern ist der Landesregierung das neue Eckpunktepapier des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bekannt oder mit ihr abgestimmt?
2. Inwiefern ist vereinbart, gravierende Veränderungen im Bereich der Stadtbahn-/Eisenbahnanbindung des Kreises Germersheim an die Stadt Karlsruhe mit dem Land Rheinland-Pfalz abzustimmen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die im neuen Eckpunktepapier festgehaltenen Beschlüsse?
4. Inwiefern ist zu erwarten, dass auch der Kreis Germersheim, derzeit mit der Stadtbahn Linie S51/S52 des KVV an die Stadt Karlsruhe angeschlossen, auf Eisenbahnwagen umstellt und die Verbindung folglich zwingend mit Umsteigen verbunden ist?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Argumentation, Eisenbahnwagen seien komfortabler?
6. Wie beurteilt die Landesregierung den Plan, Zweisystemverkehre ohne Ausschreibung direkt an die AVG zu vergeben?
7. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der Anbindung des Kreises Germersheim an die Stadt Karlsruhe über den ÖPNV?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 6. September 2017 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Eckpunktepapier des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe liegt dem Land vor. Das Land wurde seitens der baden-württembergischen Seite über die grundsätzliche Absicht einer Direktvergabe informiert. Eine direkte Abstimmung mit dem Land über die Inhalte des Papiers ist nicht erfolgt.

Zu Frage 2:

Eine Änderung der Anbindung des Kreises Germersheim an die Stadt Karlsruhe kann nur im Einvernehmen mit dem zuständigen Aufgabenträger, dem Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Süd und dem Land Rheinland-Pfalz erfolgen. Über die zukünftige Weiterentwicklung der Anbindung der Südpfalz an Karlsruhe werden Land und Zweckverband im Rahmen des Projektes Rheinland-Pfalz-Takt 2030 (RPT 2030) entscheiden, das die verkehrliche Konzeption für die nächsten wettbewerblichen Verfahren festlegt.

Zu Frage 3:

Das Eckpunktepapier legt eine grundsätzliche Vorgehensweise nur für die baden-württembergische Seite fest. Im Eckpunktepapier ist ausdrücklich festgehalten, dass das weitere Vorgehen für die rheinland-pfälzischen Stadtbahnstrecken nur im Einvernehmen mit den dort zuständigen Aufgabenträgern erfolgen kann.

Zu Frage 4:

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen. Die Entscheidung für einen Stadtbahnbetrieb auf der Strecke nach Germersheim erfolgte in den Jahren 2005/2006 auf Basis einer Kosten-, Nutzenuntersuchung. Ein reines Stadtbahnsystem hatte im Vergleich zu einem S-Bahnsystem einen besseren Kosten-, Nutzenfaktor erzielt. Die Umsetzung dieses Verkehrskonzeptes war dann Förder Voraussetzung für das Bundesverkehrsministerium und das Land Rheinland-Pfalz. Es ist daher derzeit nicht vorgesehen, die Stadtbahnlinie umzustellen.

b. w.

Zu Frage 5:

Allgemein gelten Eisenbahnfahrzeuge bei längeren Strecken aufgrund des ruhigeren Laufes, einer höheren Höchstgeschwindigkeit, eines größeren Fassungsvermögens und eines höheren Komforts als geeigneter als Stadtbahnfahrzeuge.

Zu Frage 6:

Grundsätzlich ist eine Direktvergabe bei richtiger Ausgestaltung eine im Vergaberecht vorgesehene Vergabemöglichkeit. Das Land und die Zweckverbände SPNV haben bei der Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Taktes 2015 aber gute wirtschaftliche Erfahrungen mit wettbewerblichen Verfahren gemacht. Dies ist grundsätzlich auch bei der Umsetzung weiterer Teilnetze vorgesehen.

Zu Frage 7

Das Land und der Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Süd haben in den letzten Jahren das Angebot zwischen dem Kreis Germersheim und der Stadt Karlsruhe kontinuierlich verbessert. Aufgrund der wachsenden Pendlerströme zwischen der Südpfalz und Karlsruhe werden im Rahmen von RPT 2030 weitere Möglichkeiten zur Attraktivierung des Angebots gesucht.

Dr. Volker Wissing
Staatsminister